

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 52 • 36. Jahrgang

Berlin, den 27. Dezember 1930

Bekanntmachung

Zum Lohnarif

In der Lohnaristreitfrage
zwischen

dem Deutschen Buchdrucker-Verein E. V.

einerseits

und dem Verband der Deutschen Buchdrucker
dem Gutenberg-Bund

dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und
-arbeiterinnen Deutschlands
dem Graphischen Zentralverband

andererseits

ist folgender **Schiedspruch** gefällt worden:

1. Der bestehende Lohnarif wird bis zum 13. Februar 1931 verlängert.
2. In Fortsetzung der Beratung und Fällung eines weiteren Schiedspruchs wird die gleiche Schlichterkammer am 2. Februar 1931 zusammentreten.

Diesem Schiedspruch haben sich beide Parteien unterworfen.

Berlin, den 17. Dezember 1930.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.

gez.: Dr. Petersmann. gez.: Dr. Woldk.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

gez.: Otto Krauß. gez.: Richard Barth.

Gutenbergbund.

gez.: Paul Thranert.

**Verband der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.**

gez.: E. Bucher. gez.: Ernst Hornke.

Graphischer Zentralverband.

gez.: Ab. Hornbach.

Die Lohnvereinbarung verlängert

Insgesamt drei Tage haben die Verhandlungen gewährt, die das oben angegebene Resultat brachten, einen Tag davon verhandelten die Parteien, zwei das Zentralschlichtungsamt. So ziemlich alles, was während der letzten Monate der Öffentlichkeit über den Schwindel des Preisabbaus vorgebracht wurde, nutzten die Vertreter der Unternehmer zur Begründung ihres Antrages auf Senkung des tariflichen Spitzenlohnes um 3,50 M. aus. Die Lebenshaltungskosten seien beträchtlich gefallen und trotzdem gäbe der Index kein richtiges Bild, die Preise lägen noch darunter. Gegen den Friedensstand sei der Reallohn um 22 Prozent gestiegen, wozu noch die übertarifliche Bezahlung der Gehilfen und Hilfsarbeiter käme. Nach den Behauptungen der Unternehmer machen die Löhne im Buchdruckgewerbe dem Längnamverein die größten Schwierigkeiten bei der Herabsetzung der Gestaltungskosten. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollten sie natürlich nichts wissen, sie lehnten es sogar ab, mit den Vertretern der Arbeiterschaft darüber in eine Diskussion einzutreten, da Arbeitszeitverkürzung Eingriff in den bestehenden Manteltarif bedeute. Unsere Vertreter bekamen außerdem zu hören, daß die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften Schiffsbruch erlitten habe und der vorgeschlagene Weg, durch Arbeitszeitverkürzung einen großen Teil der Gewerkschaften wieder in den Betrieb zu bringen, ein vollkommen verkehrter sei. Aus allen Reden der Unternehmer klang heraus, nur die 14-prozentige Lohnkürzung kann uns retten.

Bei dieser Einstellung wäre längeres Verhandeln Zeitverschwendung gewesen. Was der beantragte Lohnabbau für die Hilfsarbeiter bedeutet hätte, kann sich jeder leicht ausrechnen. Er hätte für die am niedrigsten

bezahlte Hilfsarbeiterin in einem Ort ohne Lokalzuschlag 2,52 M. und für einen Hilfsarbeiter in Berlin 7,44 M. wöchentlich ausgemacht.

Am 16. Dezember trat dann das Zentralschlichtungsamt zusammen, das am Abend des zweiten Tages seine Entscheidung bekanntgab. Der Vorsitzende Professor Dr. Braun gab dem Schiedspruch folgende Einleitung:

„Die Verhandlungen waren für eine Lohnvereinbarung außerordentlich lang und schwierig. Es ergaben sich zwischen den Parteien sehr verschiedene Einstellungen darüber, wie sich die ganze Lage auf dem deutschen Markt, besonders die Frage der Preise wohl in Deutschland entwickeln würde. Wenn man auch in anderen Berufen glaubte, auf Grund der vorliegenden Tatsachen schon zu bestimmten Schiedsprüchen kommen zu können, so war es uns bei der ganzen besonderen Lage des Buchdruckgewerbes kaum möglich, im Augenblick zu übersehen, was sich mit Rücksicht auf die Entwicklung des Index ergeben kann. Wir hatten daher die Bestürzung, daß wir der einen oder anderen Partei ein Unrecht tun könnten, wenn wir einen bestimmten Schiedspruch mit irgendwelchem bestimmten Inhalt fällen würden. Es schien uns daher, daß es für beide Seiten geeigneter ist, wenn wir noch eine kurze Zeit abwarten, wie die Entwicklung tatsächlich vor sich geht. Wir sind überzeugt, daß es uns möglich sein wird, in der Zeit, die nun vorgezogen ist, einen fester gegründeten Schiedspruch zu fällen.“

Der Entscheidung, die beiden Parteien vor der Verkündung zur Beratung vorgelegt wurde, traten die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer bei, die dann die an der Spitze dieses Blattes stehende Bekanntmachung formulierten.

Damit hat der Lohnkonflikt im Buchdruckgewerbe vorläufig ein Ende gefunden, um sechs Wochen ist der Lohnarif verlängert worden. Am 2. Februar 1931 wird die gleiche Kammer zusammentreten, um erneut über die Löhne im Buchdruckgewerbe zu beraten. Die Schlichter haben jetzt die Entscheidung gewissermaßen nur verschoben und den kämpfenden Parteien eine Rempaufe gestattet. Diese haben wir zu nutzen. Auf einen Preisabbau werden wir auch weiterhin lange warten können, er ist ja übrigens jetzt vor dem Fest von der hohen Behörde, die mit den Unternehmen allein nur etwas davon verspürt hat, abgeblasen worden. Die Regierung hat etwas außer Kraft gesetzt, was gar nicht da war. Die Lohnsenkungen will sie anscheinend nicht verbieten, und damit haben wir zu rechnen.

Auch die Unternehmer werden in dieser Zeit nicht untätig sein und weiter versuchen, an den Löhnen der Arbeiterschaft des Gewerbes zu sparen. Sie werden den Besessenen weiter ihre Not klagen, die sie leider zwingt, die übertariflichen Löhne zu senken. Hier haben die Kollegen den denkbar schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und mit Hilfe der Organisationsvertretung Gegenmaßnahmen zu treffen, wie überhaupt ohne Wissen der Verbandsinstanzen alle Unternehmungen zu vermeiden sind. Die ganze Kraft der Mitglieder muß eingesetzt werden für die Abwehr und zur Stärkung der Organisation. Lücken müssen ausgefüllt werden, der Ernst der Situation verlangt die Bereitschaft aller. Die nächsten Wochen müssen uns bei regster Tätigkeit für den Verband finden, nur eine wohlgeleitete und schlagkräftige Organisation wird diese Zeit der Not ungefährdet überstehen.

Zehnte Ausschusssitzung des DGB.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesausschusses am 14. und 15. Dezember stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage.

Leipziger erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedsprüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen der Bergarbeiter, Buchdrucker und Landarbeiter. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung

heraufbeschworen werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Spliedt gab einen Überblick über das Kräfteverhältnis zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen insfolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die übertariflichen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle, einrichten.

Andererseits steht, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnneinkommens durch die Einschränkung der Überverdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so lähmt sie die Kaufkraft und droht die Auftragserteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegneten bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitszeitstreckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen müsse. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzuführen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der

Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige taktische Situation der Gewerkschaften eindringend erörtert. Allgemein war die Überzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohneinbuße bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden.

Die einzelnen Redner schilderten die zur Zeit in den verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Aushandlungszeiten. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Austrag der sozialen Gegenfälle in friedlichere Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tarifidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer z. B. in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Beseitigung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschleiert werden.

Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen taktischen Schritte zusammenzutreten.

Gulachkanonen statt Gumminüppel

Berlin hat zur Zeit beinahe 400 000 Arbeitslose. Die Not ist in der Reichshauptstadt besonders groß. Obige Zahl besagt, daß jeder vierte Berliner Erwerbstätige beschäftigungslos ist. Deshalb ist die Reichshauptstadt unruhiger wie jede andere Stadt. Demonstrationen wechseln miteinander ab. Da nun die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird, hat die preussische Regierung Initiative zu einer großangelegten Hilfsaktion ergriffen.

Kürzlich fand eine Konferenz mit den Vertretern der Stadt Berlin, den Organisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sowie privater Kreise statt. Der preussische Innenminister Severing wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß schnelle Hilfe notwendig sei. Die Polizei habe eine außerordentliche Aufgabe zu erfüllen. Doch wirksamer als Waffengewehr und Gumminüppel wären Gulachkanonen, um einer gefährlichen Entwicklung vorzubeugen. Die Hilfsaktion ist so gedacht, daß unentgeltlich oder gegen geringes Entgelt Essen beschafft werden soll. Es soll ferner für verbilligtes Heizmaterial gesorgt werden für diejenigen, die ein eigenes Heim haben. Den anderen sollen Wärmestuben zur Verfügung gestellt werden. Auch Kleidung soll in dringenden Fällen beschafft werden. Dazu ist es notwendig, einen großen Fonds mit staatlicher Hilfe und privaten Mitteln zu schaffen. Alle verammelten Kreise versprachen weitgehende Hilfsbereitschaft. Der Vertreter der Berliner Unternehmerorganisation versprach, den vorgesehenen Plan geistig zu fördern. Für die Beisteuerung notwendiger Mittel glaubte er bindende Zusagen nicht machen zu können.

Hoffentlich ist damit nicht gemeint, daß die Berliner Unternehmer den Geist beisteuern wollen, während die anderen Stellen die Mittel zu beschaffen haben. Immerhin ist die von der preussischen Regierung angeregte Hilfsaktion zu begrüßen. Nicht nur in Berlin, sondern in allen Städten wird die Not in diesem Winter außerordentlich groß sein. Sie zu beheben, bedarf es außergewöhnlicher Mittel. Wenn neben den Unterstützungen eine derartige Hilfsaktion auf den Plan tritt, dann kann dies zur Beruhigung sehr wesentlich beitragen. Wenn auch die unorganisierten Demonstrationen und sogenannten „Hungermärsche“ verurteilt werden müssen, so läßt sich aber nicht leugnen, daß den armen Opfern der Wirtschaftskrise nicht verwehrt werden kann, ihr Recht auf Leben geltend zu machen. Wir dürfen dabei auch nicht empfindlich sein, wenn dies in mehr oder

**Den Mitgliedern und Freunden des
Verbandes, den Lesern und Mitarbeitern der „Solidarität“ zum
Jahreswechsel die herzlichsten
Glückwünsche!**

Verbandsvorstand

Redaktion der „Solidarität“

weniger heftigen Worten geschieht. Die Gewerkschaften unterstützen ebenfalls Pläne, die geeignet sind, den Hunger der Massen zu stillen. Wir werden sehen, wie die, die in Palästen wohnen, ihrer Pflicht, zu helfen, genügen.

Aus den Zahlstellen

Nachen. Das Graphische Kartell Nachen hatte die Berufungsangehörigen zum 6. Dezember zu einer Versammlung eingeladen, um ihnen Aufklärung zu geben über die „allgemeine wirtschaftliche Lage, unter besonderer Berücksichtigung des graphischen Gewerbes“. Gleichzeitig sollte die Versammlung auch dazu dienen, werbend zu wirken. Redner waren die Gauleiter Heilmann (Köln) vom graphischen Hilfsarbeiterverband und Dreger (Köln) vom Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands. Kollege Heilmann beleuchtete von der wirtschaftspolitischen Seite aus die derzeitigen Nachenlagen und Bestrebungen des deutschen Unternehmertums. Durch Lohnabbau glaubt man der Arbeitslosigkeit Herr zu werden und bessere wirtschaftliche Verhältnisse herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu fordern wir Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. An Hand einer Fülle von Beispielen aus dem Gau Rheinland-Westfalen wies er dann den Kleinkrieg nach, der in jüngster Zeit in unserem Gewerbe gegen unsoziale Prinzipale geführt werden mußte. Kollege Dreger wies auf die Widersprüche hin, wie sie sich aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ergeben. Als Beispiel führte er die Überproduktion von Getreide, Kaffee und sonstigen Artikeln an. Trotzdem Bedarf für diese Waren vorhanden ist, werden tausende Tausenden wirtschaftlich zugrunde gerichtet, weil infolge Mangels an Kaufkraft der Absatz stöckert. In der Aussprache äußerten sich die Ortsvertreter der einzelnen Organisationen zustimmend zu den Ausführungen der Referenten und verglichen sie mit örtlichen Vorkommnissen. Der Vorsitzende des graphischen Kartells, Kollege Gerards, schloß mit der Aufforderung, werbend bei den Anorganisierten zu wirken und für eine geschlossene Kollegenchaft bei den kommenden Auseinandersetzungen zu sorgen, die Versammlung.

Dresden. In unserer Versammlung am 10. Dezember stand als Hauptpunkt über der Tagesordnung die Ausführung des Kollegen Herrmann über: „Lohnverhandlungen in Sicht“. Die gegenwärtige Wirtschaftslage, die mit aller Deutlichkeit das Verlangen des kapitalistischen Systems aufweist, ist nach Ansicht der Unternehmer eine Folge der Lohnpolitik der Gewerkschaften, darum zur Hebung der Wirtschaftslage: Lohnkürzung, Arbeitszeiterlängerung. Das Verkehrte dieser Ansicht wurde vom Kollegen Herrmann an Hand bestehender Tatsachen nachgewiesen. Um der Arbeiterchaft die Lohnsenkung schmackhaft zu machen, bringt man das Schlagwort „Preisabbau“. Ein Argument, welches nur dazu dienen soll, den Lohnraub zu erleichtern. Auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe halten die gegenwärtige Wirtschaftskrise für den günstigsten Zeitpunkt, um den Arbeitern weitere Verschlechterungen aufzuzwingen zu können, und haben darum das bestehende Lohnabkommen zu Ende dieses Jahres gekündigt. Zum Schluß forderte der Referent die Mitgliedschaft auf, ihren Unterhändlern das Vertrauen zu schenken, die auch in diesem Kampf alles tun würden, um die Forderungen der Arbeiterchaft durchzudrücken. Ein Antrag des Kollegen Franz, in der nächsten Mitgliederversammlung die Anzahl der vorhandenen Mitglieder der einzelnen Betriebe festzustellen, wurde einstimmig angenommen. Kollege Täubrich gab noch bekannt, daß das Büro am dritten Feiertag geschlossen ist.

Hundschan

Zur Arbeitsmarktlage in unserem Verbande. Von insgesamt 221 Zahlstellen haben für November 1931 über 14 026 männliche, 29 025 weibliche, zusammen 37 051 Mitglieder berichtet. Von diesen waren arbeitslos: 1873 männliche = 13,4 Prozent, 5105 weibliche = 22,2 Prozent, zusammen 6978 = 18,8 Prozent Mitglieder. Verkürzt arbeiteten: 572 männliche = 4,1 Prozent, 1737 weibliche = 7,5 Prozent, zusammen 2309 = 6,2 Prozent Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen den Vormonat um 189 gestiegen, die der Verkürztarbeitenden um 454. Diese Angaben ergeben kein genaues Bild, da 48 Ortsgruppen mit 613 männlichen und 1592 weiblichen Mitgliedern die Berichtsliste nicht eingehandt haben. Unter diesen befinden sich mehrere größere Orte.

Sprachkurse in Groß-Berlin. Anfang Januar 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“

(Rechtsschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungenügender Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Dedung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Sprachschule befindet sich seit dem 1. Dezember im Norden Berlins, und zwar: N 54, Rosenfahler Straße 13. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich erfolgen.

Die leitenden Körperschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Vorstand und Ausschuß, stellten vom 24. bis 27. November in Hamburg wichtige Sitzungen ab. Im Vordergrund der Beratungen standen Fragen der Gesetzgebung und der „Preisabbau“-Aktion der Reichsregierung. Es herrschte Übereinstimmung in der Auffassung, daß der Preisabbau nichts weiter sei als eine reifliche Kautel für die Lohnabbau. Es wurde festgestellt, daß die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralen, ohne auch nur einer Anregung „von oben“ zu bedürfen, ihre Preispolitik stets den jeweiligen Verhältnissen gewissenhaft angepaßt und die Preise längst gesenkt hätten, soweit die Möglichkeit dazu gegeben war. Mit Nachdruck wurde betont, daß es einer Regierung, die durch Steuern und Zölle andauernd und planmäßig preissteigernd wirke, schärfst anstehende, denen Preisermäßigungen zu leisten, die solcher Zurede am allerwenigsten bedürften. An die Konsumgenossenschaften wurde die dringende Aufforderung gerichtet, zwar selbstverständlich wie bisher die Verbraucherinteressen durch eine vernünftige Preispolitik zu wahren, sich aber nicht von unernünftigen und irregulären Elementen zur Mischung bewährter genossenschaftlicher und kaufmännischer Grundzüge verleiten zu lassen und alles aufzubieten, um die Konsumvereine unverfehrt durch die heutigen, von ihnen am allerwenigsten verschuldeten Schwierigkeiten hindurchzuführen. Ferner wurden unter anderem auch die Fragen der Markenartikel, der Kohlenversorgung und der Brotherstellung eingehend erörtert und der volkswirtschaftliche Wert vieler angelegentlich zum Schutze der notleidenden Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen scharf beleuchtet. Einen breiten Raum nahmen die Steuerfragen ein. Mit aller Deutlichkeit wurde darauf hingewiesen, daß es ein Hohm auf die gelübte Barmut sei, mit Preisabbau im Interesse der minderbemittelten Verbraucher zu spielen, solange man die organisierten Verbraucher durch Ausnahmebestimmungen ihrer Einkaufserparnisse beraube und solange die Finanzgerichte durch eine jeder Grundlage entbehrende Rechtsprechung die organisierten Verbraucher schikanieren und materiell schädigen. Die fällige Sitzung des Generalrats soll am 23. und 24. April 1931 im Versammlungsraum des neuen Verwaltungsgebäudes des Zentralverbandes in Hamburg, der Genossenschaftstag in der am 7. Juni beginnenden Woche in Magdeburg stattfinden.

Seent Stenographieren! Laßt dies Mahnwort nicht achtlos vorübergehen. Genau so, wie ihr die Muskeln eures Körpers durch ständige Arbeit, sportliche Betätigung usw. gestählt habt, so läßt ihr die Energie eures Geistes, die Leistungsfähigkeit eures Geistes durch die Erlernung der richtigen Regeln der Stenographie, die vier bis fünfmal kürzer ist als die gewöhnliche Schrift. Diese Kürze ermöglicht es jedem, mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Kraft Gedankensgänge aus Vorträgen und Büchern mühelos festzuhalten. Darum ergeht an alle unser Ruf, die die Kurzschrift noch nicht erlernt haben, oder denen es an weiterer Fortbildung in derselben fehlt: „Nehmt teil an unserer Anfängerkurse in der Reichshauptstadt“, und zwar: **K o r d e n:** Freitag, den 16. Januar 1931, in der Gemeinde-schule Schulstraße 99; **K o r d o s e n:** Donnerstag, den 15. Januar 1931, in der Gemeinde-schule Senefelderstraße 6; **O t t e n:** Donnerstag, den 15. Januar 1931, in der Gemeinde-schule Frankfurter Allee 37; **L i c h t e n b e r g:** Dienstag, den 13. Januar 1931, in der Gemeinde-schule Schmarnebergstraße 19; **S c h w e f e n:** Freitag, den 18. Januar 1931, in der Gemeinde-schule Gneisenaustraße 7; **K l e i n k ö n i g:** Dienstag, den 13. Januar 1931, in der Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Straße 209. Für **S t o l t s e** Schreie (Anfänger und Fortgeschrittene) nur in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße, zur Vorbesprechung am Freitag, den 16. Januar. Alle Kurse beginnen abends 7 1/2 Uhr. Kursdauer 15 Abende. Das Kursgeld beträgt einschließlich Lehrmaterialienbestellung für Erwachsene 10 M., für Jugendliche 7,50 M. Erwerbslose zahlen 50 Proz. der angegebenen Sätze. Die Anmeldung erfolgt am ersten Abend in den genannten Bezirken. Auskunft erteilt Freie Arbeiter-Stenographie-Vereinigung Groß-Berlin, W. Kiebel, Berlin-Spandau, Wulfermarkter Straße 10, 1.

Die besten Glückwünsche zum neuen Jahr
Zentralkommission
der Schriftgießer Deutschlands

Am Sonntag, dem 14. Dezember, verstarb nach kurzer, aber schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die An-legerin
Margarete Grumpt
im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Dautzen.

Unserem Kollegen Ludwig Weber und Gemahlin zur Ver-mählung die herzlichsten Glückwünsche.
Gau 2. Frankfurt a. M.

Für die Woche vom 21. Dezember bis 27. Dezember ist die Beitragsmarke in das 52. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte Charlottenburg, Reichelsdammstr. 6. Fernruf: Amt Westend 1233. - Berlin: G. Vobasi, Charlottenburg, Friedr. Buchdruckvertrieb Gmbh., Berlin SW 61, Dreißendstraße 8.